

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0  
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)  
915 20-15



## Inhalt

Detlev von Larcher MdB sieht die Gefahr einer Eskalation wachsen: Sarajevo und das Ultimatum.

Seite 1

Professor Alfred Förster MdL kommentiert das einjährige Amtsjubiläum des sächsischen Kultusministers: Ein Jahr der bildungspolitischen Fehlleistungen.

Seite 2

### Dokumentation

Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel hielt an der Universität Bologna ein Referat zum Thema 'Die Stärkung des Föderalismus in Europa'. Wortlaut

Seite 3

49. Jahrgang / 32

16. Februar 1994

### Die Gefahr einer Eskalation wächst Sarajevo und das Ultimatum

Von Detlev von Larcher MdB

Das Ultimatum der NATO ist im Grunde hilfloser Aktionismus, eine untaugliche Reaktion auf die öffentliche Meinung im Westen. Die moralische Empörung über die Tragödie in Sarajevo ist verständlich und ich teile sie. Zu verurteilen sind alle, die im ehemaligen Jugoslawien den brutalen, menschenverachtenden Krieg betreiben anstatt die ethnischen und sozialen Konflikte in Verhandlungen zu bewältigen.

Doch das Bombardieren der Stellungen um Sarajevo würde zusätzliche Opfer an Menschenleben, die Gefährdung der Blauhelmsoldaten und eine Aktion gegen eine von drei Kriegsparteien sein, die die beiden anderen erst recht ermutigt, ihre Interessen mit Hilfe von Waffen durchzusetzen.

Für den Westen ist das Ultimatum der Versuch, das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen.

Es ist ja nicht etwa so, daß es einen Aggressor gegenüber armen friedfertigen Opfern gäbe. Vielmehr sind alle Seiten immer noch bereit, ihren Vorteil auf dem Schlachtfeld zu suchen. Opfer sind auf allen Seiten gleichzeitig auch Täter. Und alle spekulieren auch auf Reaktionen der Weltöffentlichkeit auf die entsetzlichen Greueltaten, die über die Medien zu uns kommen.

Ein Ende des Krieges von außen könnte nur durch die Besetzung des ehemaligen Jugoslawiens und durch die Errichtung eines Besatzungsregimes erreicht werden. Dies aber würde viel hunderttausendfachen Tod bedeuten, ein vielfaches von Opfern unter Soldaten und Zivilbevölkerung, die jetzt zu beklagen sind.

Stattdessen müssen sich UNO und NATO eingestehen, daß die realistische Handlungsmöglichkeit von außen einzig darin besteht, politische Verhandlungen zu unterstützen, das Angebot zu vermitteln, aufrecht zu erhalten und die schwachen Kräfte zu fördern, die von innen versuchen, gegen die Krieger in allen drei Lagern eine Opposition aufzubauen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht Umwelt  
mit recyceltem Rohstoff  
Recycling-Papier



Das muß bei aller Empörung über die Kriegsgreuel und Kriegsverbrechen ehrlich gesagt werden. Symbolische Handlungen helfen nicht weiter. Das ist in den ersten Tagen des Ultimatums deutlich zu beobachten. Die vorläufige Ruhe in Sarajevo, die für die Menschen dieser Stadt natürlich ein Segen ist, geht einher mit der Zunahme der Kämpfe und damit dem Leid in anderen Teilen Bosniens.

Ich bin entsetzt über die Leichtigkeit, mit der in den Medien und in der Presse vom "Risiko" des Ultimatums, nämlich der "Europäisierung des Konflikts" geredet und gesprochen wird. Kalkulieren diejenigen, die so reden und schreiben wirklich ein, daß nicht gänzlich auszuschließen ist, daß als Folge eines Angriffs der NATO Bomben auf Dresden, Berlin, Frankfurt, Bonn und andere Städte fallen könnten? Was werden in diesem schrecklichen, aber nicht gänzlich unmöglichen Falle die deutschen Politiker sagen, die sich heute rühmen, am Zustandekommen des Ultimatums kräftig mitgewirkt zu haben.

Es ist zu befürchten, daß UNO und NATO weitere Schritte für den Fall planen, daß das Ultimatum nicht wirkt und die Bombardierung der Stellungen um Sarajevo nicht die gewünschte Wirkung zeigt.

Die Gefahr einer Eskalation und eines Hineingleitens in einen internationalen Krieg ist um so größer, als auf Seiten der UNO und erst recht der NATO kein politisch-strategisches Handlungskonzept vorhanden ist.

Nein, das Androhen von Gewalt und erst recht die Anwendung von Gewalt von außen sind keine geeigneten Mittel, den Frieden im ehemaligen Jugoslawien herzustellen.

So bitter es ist und so zynisch es klingt: wahrscheinlich wird es erst Frieden geben, wenn die Kriegführenden völlig erschöpft sind und selbst erkennen oder von ihrer Bevölkerung zur Einsicht gezwungen werden, daß ein Verhandlungsfrieden erreicht werden muß.

(/16. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein Jahr der bildungspolitischen Fehlleistungen in Sachsen** Eine Bilanz aus Anlaß des einjährigen Amtsjubiläums von Kultusminister Groß

Von Professor Alfred Förster MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises "Bildung, Wissenschaft, Jugend, Sport" der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Liste der Fehlleistungen des Staatsministers Groß und seiner Führungsetage ist lang und wird ständig länger:

- o Zustimmung zur Reduzierung von Lehrer- und 550 Förderschulbetreuerstellen im Rahmen des Staatshaushaltes 1994.
- o Hinnahme des Sperrvermerkes für 1.500 Stellen im Schulbereich.
- o Verweigerung der bedarfsgerechten Bereitstellung von Referendarstellen für Sachsens Lehramtsanwärter.
- o Kein Einstellungskorridor für gute Referendare.
- o Schlampige Arbeit bei der personellen Erneuerung der Lehrerschaft (bislang 1,5 Millionen DM Gerichtskosten und circa sechs Millionen DM Gehaltsnachzahlung).
- o Zerschlagung der landesweiten, für alle zugänglichen Begabtenförderung durch Abstoßen der Spezialschulen und Landesmusikschulen (Kommunalisierung oder Privatisierung).
- o Jährlich wechselnde Zulassungsbedingungen für das Gymnasium.
- o Verwirrspiel um die Lehrerverbeamtung: zum einen wird auf parlamentarische Anfragen anders geantwortet als man in der Öffentlichkeit verbreitet, zum anderen fehlen jegliche Konzepte zur zukünftigen Lehrerberarfsentwicklung, einschließlich solcher zur Frage der Verbeamtung.

- o Keine perspektivische Arbeit bezüglich Schulentwicklungsplanung, Lehrerberuf, Lehrerweiterbildung, Schulnetzplanung et cetera.
- o Lalenhaftes Gebaren um eine überflüssige Schulgesetznovelle, die die Betreuung an Förderschulen den Kommunen und privaten Trägern zuschieben und deren Quantität und Qualität mit Gewißheit senken wird. Schlimm ist nicht nur, daß hier mit falschen Argumenten, nämlich daß die Kassen sonst nicht zahlen könnten, eine unsoziale Gesetzesänderung der Öffentlichkeit präsentiert wird, - schlimmer ist vor allem, daß der Minister dieses falsche Spiel wohl gar nicht durchschaut und also der erste Geperlte selbst sein wird.
- o Mit gleicher Gesetznovelle geplante Liquidierung der öffentlichen Fachschulausbildung für Krankenschwestern und -pfleger.
- o Ignoranz gegenüber dem Volksantrag zur Begrenzung der Klassenstärke.

Die zweimalige fahrlässige Besetzung des Kultusministeriums ist eine der großen Fehlleistungen Biedenkopfs selbst. Sie zeigt, welchen Stellenwert das Kabinett Biedenkopf dem Ressort Bildung beimißt.

(-/16. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Die Menschen von der Notwendigkeit der europäischen Integration überzeugen

Der hessische Ministerpräsident Hans Eichel hielt anlässlich eines Besuchs in der Universität Bologna am 15. Februar 1994 ein Referat zum Thema "Die Stärkung des Föderalismus in Europa". Wir dokumentieren den Wortlaut.

Die Hessische Landesregierung sieht zur weiteren europäischen Einigung keine Alternative. Mit allen Mitteln, die ein deutsches Bundesland hat, fördern wir den Einigungsprozeß. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur diese Politik die Zukunft sichert. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union profitieren von der Integration, die Bürgerinnen und Bürger in den zentralen, wohlhabenden Regionen wie Hessen ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger in den benachteiligten Regionen Südeuropas oder Irlands.

Ich betone den Willen zur europäischen Einigung so deutlich, weil wir nicht übersehen dürfen, daß es wachsende Widerstände gegen die Gemeinschaft gibt. Viele Bürgerinnen und Bürger kritisieren die Unpersönlichkeit der Zentrale in Brüssel und wollen sich auf ihren eigenen, überschaubaren Bereich zurückziehen. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Menschen von der Notwendigkeit der Integration zu überzeugen. Eine kritiklose Europa-Euphorie wäre dabei jedoch nicht angebracht. Denn tatsächlich müssen auf dem Weg zur europäischen Einheit noch viele Probleme bewältigt werden.

Es gehört zu meinen politischen Grundüberzeugungen und zur Grundüberzeugung der Hessischen Landesregierung, daß politische Aufgaben auf möglichst niedriger Ebene gelöst werden sollten. Nur so ist gewährleistet, daß die Menschen, und um nichts sonst geht es letztlich in der Politik, die Chance bekommen, sich möglichst intensiv zu beteiligen. Die Möglichkeit zur möglichst weitgehenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gehört zu den demokratischen Grundsätzen, die in Europa in einem jahrhundertelangen Prozeß formuliert und verankert wurden. Der Maastrichter Vertrag trägt dem Grundsatz der möglichst weitgehenden Beteiligung Rechnung, indem er das Prinzip der Subsidiarität festschreibt. Es ist sinnvoll, der übergeordneten Ebene nur die Aufgaben zuzuweisen, die auf der Ebene darunter nicht mehr ausreichend gut gelöst werden können. Die Hessische Landesregierung verbindet deshalb ihre Forderung nach der weiteren Einigung Europas grundsätzlich immer mit der Forderung nach der Stärkung des Föderalismus in Europa.

Über die Frage, welche Aufgaben von der Zentrale und welche Aufgaben von den Regionen wahrgenommen werden sollen, kann im Einzelfall diskutiert werden. Unstreitig gehören die Außenpolitik und die Verteidigung in den Bereich der Zentrale, wogegen kulturelle Angelegenheiten in den Regionen am besten aufgehoben sind. Auch bestimmte Steuern sollten regional unterschiedlich erhoben werden können. Wie erfolgreich ein föderal strukturierter Staat handeln kann, zeigt das Beispiel der USA. Doch die Europäische Union ist von einem wirklichen Föderalismus noch weit entfernt.

#### Kulturelle Angelegenheiten in den Regionen am besten aufgehoben

Der Ausschuß der Regionen, der im Maastrichter Vertrag vorgesehen ist und der lediglich beratende Funktion hat, reicht uns bei weitem nicht aus. Dies kann lediglich der erste Schritt zu einer vernünftigen föderalen Ordnung sein. Ziel muß eine echte Mitbestimmung der Regionen sein. Ich betone, daß die Regionen dieses Mitbestimmungsorgan tragen sollen. Es kann kein Organ sein, in dem auch Kommunen vertreten sind.

Die Bundesrepublik Deutschland praktiziert den verfassungsrechtlich garantierten Föderalismus seit vielen Jahrzehnten mit großem Erfolg. Das Prinzip der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Ländern ist in Deutschland historisch gewachsen, es ist die verfassungsmäßige Antwort auf die politische und kulturelle Vielfalt in Deutschland. Europa, der kleinste der Kontinente, ist ebenfalls von außerordentlicher Vielfalt geprägt. Und doch gibt es gleichzeitig viele gemeinsame Wesensmerkmale. Ein Blick auf die europäische Geschichte zeigt uns, daß es in der Vielfalt immer auch einigende Bänder gab. Diese in der Vergangenheit begründeten Gemeinsamkeiten sind keineswegs bedeutungslos, sie entfalten vielmehr überall ihre Wirkung, doch oft ist uns gar nicht bewußt, wie groß die Gemeinsamkeiten sind.

Die Völker Europas mit ihrem zivilisatorischen Ursprung in der griechisch-römischen Antike haben über Jahrtausende hinweg in stetem Austausch und in intensiven Wechselbeziehungen gelebt. Ein beeindruckendes Beispiel für Einfluß, der weit über die eigene Region hinausreicht, gibt die Universität Bologna. Als die älteste Universität Europas hat sie im ausgehenden Mittelalter dem geistigen Leben unseres Kontinents entscheidende, über viele Jahrhunderte hinweg wirksame Impulse gegeben. Auf den Grundsteinen, die hier in Bologna und später dann in Prag und in anderen Städten gelegt wurden, ruhen bis heute wesentliche Teile der europäischen Wissenschaft und Kultur. Die Öffnung nach außen, die gegenseitige Beeinflussung ist also der historische Normalzustand und nicht die Abschottung, nicht der Rückzug auf den eigenen Bereich, nicht das Nationale bis hin zur dumpfen und unmenschlichen Parole des "Ausländer raus". Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts, der bis heute seine unselige Wirkung entfaltet, ist im Grunde ein historischer Irrtum.

Es waren die Regionen, denen es in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder gelungen ist, ethnische Minderheiten zu integrieren. Der Schutz der Minderheiten war eine der großen kulturellen Leistungen der Regionen. Die Erfahrung lehrt uns, daß langfristig nur die Gesellschaften Erfolg haben, die tolerant sind und Minderheiten als gleichwertig anerkennen. Gerade die Verstöße gegen dieses Lebensprinzip Europas machen deutlich, daß Toleranz und Gerechtigkeit auf Dauer stärker sind als Abgrenzung und Egoismus. Europas Stärke ist sein tatkräftiges und begabtes Völkergemeinschaft, seine enorme kulturelle Vielfalt. Diese Stärke war es, die es den Menschen unseres Kontinents erlaubt hat, alle bisherigen Katastrophen zu überwinden, vom verhängnisvollen Zusammenbruch der Antike angefangen über den Verlust von einem Drittel der Bevölkerung durch die Pest im Mittelalter bis hin zu den beiden Weltkriegen in unserem Jahrhundert, von denen der erste zu einem erheblichen Teil und der zweite ausschließlich seinen Ausgang in Deutschland genommen hat. Die Wechselwirkungen und der Austausch machen die Stärke Europas aus. Wer seinen Bereich freihalten will von fremden Einflüssen, wer sich von seinen Nachbarn in Europa abgrenzen will, setzt seine Zukunft fahrlässig aufs Spiel.

Und die Herausforderungen der Zukunft werden immer größer. Die enormen Erfolge der europäischen Zivilisation bergen auch große Gefahren - die Zivilisation bedroht ihre eigene Existenz

zum Beispiel durch die rasante Zerstörung der Umwelt oder durch die Drohung mit der atomaren Vernichtung. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert ebenso gemeinsames Handeln wie auch die anderen großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben. Kein Land kann für sich allein hoffen, die Probleme selbständig zu bewältigen. Kooperation ist das Gebot der Stunde. Der westliche Teil Europas hat nach der Katastrophe des zweiten Weltkriegs zügig und sehr erfolgreich begonnen, das gemeinsame Haus in Ordnung zu bringen, zuerst mit der Montanunion, dann mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft, schließlich ist der Europäischen Union. Auf diesem Weg müssen wir weiter gehen, jetzt unter Einbeziehung des östlichen Teils Europas.

#### Der Föderalismus bewahrt in der Einheit die Vielfalt

Dem historisch bedingten Nebeneinander von Vielfalt und Gemeinsamkeit entspricht im politischen Bereich einzig und allein ein föderaler Aufbau. Der Föderalismus bewahrt in der Einheit die Vielfalt. Allerdings darf der Föderalismus nicht mit dem Separatismus verwechselt werden, dies sage ich gerade hier in Norditalien in aller Deutlichkeit. Eine europäische Kulturgesellschaft, in der sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen wechselseitig anerkennen und tolerieren, hat nichts gemein mit einem bornierten, engstirnigen, fremdenfeindlichen Regionalismus.

Ich verkenne nicht, daß sich in den wohlhabenden Regionen Europas ein "Wohlstandschauvinismus" herausbilden kann. Doch dem Widerstand gegen das Teilen mit den Schwachen müssen wir entschlossen entgegenreten. Grundzüge des Föderalismus sind wechselseitige Toleranz und vor allem Solidarität, eine soziale und räumliche Ausgrenzung ist dem Föderalismus fremd. Ich bin aber überzeugt davon, daß zentrifugale Kräfte unter einem gemeinsamen europäischen Dach ihre Stärke verlieren werden.

Ich sage dies als Ministerpräsident eines Landes, das nach Einwohnerzahl und Fläche zwar nicht das größte deutsche Bundesland, das jedoch das wirtschaftsstärkste Land der Bundesrepublik ist. Mir ist aber bewußt, daß die wohlhabenden Regionen Europas ihren Stand nur halten und ausbauen können, wenn das wirtschaftliche und soziale Gefälle unter den europäischen Regionen abgebaut wird. Das Gefälle zwischen einem wohlhabenden Land wie Hessen und den Problemregionen zum Beispiel in Griechenland oder Portugal ist geradezu dramatisch. Allerdings gibt es ähnlich große Unterschiede seit der Vereinigung auch in Deutschland; der wirtschaftliche und soziale Abstand zwischen den entindustrialisierten Regionen der ehemaligen DDR und den reichen Regionen Westdeutschlands ist nicht weniger deutlich. Diese großen Differenzen dürfen keinen Bestand haben, in Europa nicht und erst recht nicht in einem Staat. Denn sie sind wirtschaftlich sächlich, führen zu Wanderungsbewegungen und verletzen das Prinzip der Gerechtigkeit. Beim Abbau dieses Gefälles kommt den Regionen selbst eine entscheidende Bedeutung zu; die Zentrale in Brüssel kann die Probleme allein ebensowenig lösen wie die Zentralen in den Mitgliedsstaaten. Die Regionen brauchen eine demokratisch legitimierte und mit politischer Kompetenz ausgestattete Selbstverwaltung, wenn die Herausforderungen in der Region wie etwa Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Schutz der Umwelt oder Bekämpfung der Armut bewältigt werden sollen. Diese Herausforderungen müssen zu selbstverantwortlichen Aufgaben in der Region werden, damit die Menschen selbst Einfluß nehmen und sich mit der Lösung der Aufgaben identifizieren können.

Wenn ich sage, daß Föderalismus nichts mit Separatismus zu tun hat, so muß ich außerdem hinzufügen, daß Föderalismus auch nicht bedeutet, daß sich die Zentralinstanz aus der Verantwortung stiehlt. Es geht nicht um eine unsolidarische Entkoppelungspolitik, die jede Region auf sich allein stellt. Das Aufholen der benachteiligten Regionen kann nur gelingen, wenn die Zentrale mit dem Ziel des Ausgleichs eingreift. Es geht also um eine Aufgabenteilung, um ein sinnvolles Zusammenspiel, bei dem die höhere Ebene nur das übernimmt, was die untere Ebene nicht mehr ausreichend gut erledigen kann.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen ist eine der Grundlagen der Demokratie. Wenn der Föderalismus die Beteiligungsmöglichkeiten verbes-

seit, dann ist er insofern ein wichtiges Element der Demokratie. Wer sich also für den Föderalismus in Europa stark macht, der macht sich gleichzeitig für die Demokratie stark. Und das Demokratiedefizit in Europa ist erheblich. Doch ich bin überzeugt davon, daß wir dieses Defizit überwinden können. Ich teile nicht die Auffassung derjenigen, die glauben, das Demokratiedefizit sei strukturell bedingt und deshalb prinzipiell unüberwindbar. Diese von nationalistischem Denken geprägte Auffassung geht von der irrigen Annahme aus, daß ein demokratischer Staat von einem einheitlichen Volk getragen werde. Die Demokratie ist jedoch nicht die Herrschaft eines Kollektivs namens Staatsvolk, sondern Demokratie ist die Selbstbestimmung von Menschen. Demokratie ist nicht die Herrschaft einer homogenen Gruppe über diejenigen, die nicht dazugehören, sondern die Demokratie regelt die Handlungen einer Gemeinschaft, die ihre gemeinsame Zukunft miteinander gestaltet. In einer solchen demokratischen Gemeinschaft kann also sehr wohl kulturelle Vielfalt bestehen, können verschiedene Sprachen gesprochen werden. Daß eine solche Gemeinschaft funktionieren kann, zeigen die Beispiele der Schweiz und der USA.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat recht, wenn es feststellt, ich zitiere: "Wenn Unterschiede der nationalen Mentalität unübersehbar sind, - so veranschaulichen jene Unterschiede nur, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, Europäer es sein. Stärker als die Unterschiede sind die Gemeinsamkeiten im Denken, in den Äußerungen der Kultur, in der Gestaltung der Gesellschaft und der Lebenskultur der Menschen. Es ist ein europäischer Geist, der sich in der Vielfalt der Eigenarten ausprägt." Soweit das Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

#### Die Macht muß von den Menschen ausgehen

Dieser europäische Geist unserer Gemeinschaft und unsere gemeinsamen Handlungen verlangen nach meiner Auffassung jetzt eine schriftliche Grundlage. Wir brauchen einen europäischen Katalog der Bürgerrechte und eine Grundlage für eine demokratische Staatsorganisation Europas. Noch geht die Macht in Europa von Brüssel aus, doch in einer demokratischen Gemeinschaft muß die Macht von den Menschen ausgehen. Die Völker Europas haben über Jahrhunderte hinweg die demokratischen Regeln entwickelt und für ihre Länder erkämpft. Es kann nicht sein, daß diese Tradition durch die europäische Einigung einen Bruch erfährt. Wir müssen die Demokratie in Europa stärken, und dazu brauchen wir eine europäische Verfassung. Das Europäische Parlament zum Beispiel hat gegenwärtig noch eine Stellung, die nicht der Stellung entspricht, die einer Volksvertretung zukommt. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Dann erst erhält das Wahlrecht auf europäischer Ebene auch den Rang, der ihm als Menschenrecht zukommt. Gleichzeitig muß der Föderalismus als weitere Säule der Demokratie festgeschrieben werden. Außerdem müssen die Grundrechte für ganz Europa gelten. Doch dieses Urteil kann nur eine Hilfskonstruktion sein, eine geschriebene Verfassung kann es nicht ersetzen.

Dies ist nur eine unvollständige Skizze einer zukünftigen europäischen Verfassung. Die Diskussion über diese Verfassung hat erst begonnen. Aber wir müssen diese Diskussion führen und zu einem guten Ende bringen, wenn wir die europäische Einigung erfolgreich abschließen wollen. Unser Ziel muß die Demokratisierung Europas sein. Die demokratische Struktur ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Menschen die Einigung tragen. Der Rückhalt bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wiederum ist die Voraussetzung dafür, daß Europa die Herausforderungen der Zukunft meistert. Das Land Hessen hat seit seiner Gründung vor fast 50 Jahren stets alles in seiner Kraft stehende getan, um die europäische Einigung voranzubringen. Hessen hat für Europa gehandelt, und wir werden auch in Zukunft für Europa eintreten.

(-/16. Februar 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*